

Leben wir in einer Zeit des Bekennens?

Es war seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine meist unbewusst hingenommene Realität, dass sich das deutsche Volk darauf verlassen konnte, sich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung frei entfalten zu können.

Grenzen dieser freien Entfaltung setzen unser Grundgesetz und die daraus resultierenden Gesetze.

Es war auch immer eine, meist auch nicht bewusst wahrgenommene Gewissheit, dass unser Grundgesetz den Einzelnen in seiner freien Verwirklichung vor Übergriffen seitens der Regierung schützt.

Das deutsche Volk war durch funktionierende, überparteiliche Institutionen daran gewöhnt, dass es unveräußerliche Rechte besitzt, welche nur durch äußerst hohe Hürden, seitens der Politik überwunden werden konnten.

Mit die wichtigsten Grundrechte für eine funktionierende Demokratie ist die die Meinungs- und Informationsfreiheit.

Diese Gewissheit ist in den letzten Jahren in Wanken geraten!

Für das Funktionieren einer Demokratie sind freie und unabhängige Medien unerlässlich, da nur diese durch Recherche und Berichte, als sogenannte "vierte Gewalt" den Bürger mit den notwendigen Informationen versorgt, die dem Bürger eine unabhängige Meinungsbildung ermöglichen.

Wie fragwürdig die Rolle der Medien inzwischen geworden ist, zeigt als eines der jüngsten Beispiele der Bericht um den angeblichen Skandal um das "Geheimtreffen in Potsdam".

Fast alle "mainstream-Medien" haben die angebliche Skandalgeschichte ohne weiter zu hinterfragen einfach weiterverbreitet und man muss schon mit größter Naivität dem Geschehen im heutigen Deutschland zuschauen, um hier nicht den Verdacht zu haben, dass da etwas nicht stimmt!

Jeder kann und sollte sich im Internet darüber informieren, was die Medienplattform "correctiv" ist, was in dem ursprünglichen Artikel stand und was letztendlich von den "rechtsradikalen Plänen zur Massendeportation" übriggeblieben ist - nämlich so gut wie nichts!

Teilnehmer dieses Treffen legten eidesstattliche Versicherungen zu den Gesprächen, die in diesem Hotel gehalten wurden ab und das "Enthüllungsportal" Correctiv musste zugeben, dass die meisten Behauptungen frei erfunden oder interpretiert waren.

Wenn aufgrund dieser "Tatsachen" eine Regierung zu Demonstrationen gegen den vermeintlichen "Verfassungsfeind" aufruft, selber demonstriert, verstößt sie damit eklatant gegen das in unseren Grundgesetz verankerte Neutralitätsgebot für die Regierung.

Wenn aufgrund dieses in weiten Teilen frei erfundenen "Skandals", Kinder und Jugendliche instrumentalisiert werden und gegen den "Verfassungsfeind" auf die Straße zu gehen, erinnert das stark an die "spontanen" Massenerhebungen gegen den Volks- und Klassenfeind in vergangenen totalitären Regimen, die wir leider auf deutschem Boden schon erdulden mussten.

Wenn sich nun also ein "Bündnis für Demokratie" gerade auf eine solche unseriöse und wie sich herausstellte regierungsfinanzierte Berichterstattung beruft, wenn sie zum Kampf gegen die "Feinde der Verfassung" aufruft, muss dies einen Bürger, der auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verankert ist, sehr zu denken geben!

Zumal es zu hinterfragen wäre, mit welcher Legitimation sich die Vertreter dieses Bündnisses anmaßen zu entscheiden, wer als Verfassungsfeind zu betrachten ist?

Ist dies nicht einzig und allein die Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, ist dies nicht auch eindeutig in unserem Grundgesetz so geregelt?

Ich stehe fest zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung!

Ich fordere eine Rückkehr zum offenen Diskurs und ein Ende der Diffamierung Andersdenkender!

Ich lehne den Antrag der Fraktion der Grünen ab!